



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Der Ministerwechsel in Frankfurt : vom Reich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

der Brust. Und horchen Sie nur, da singt schon der Nachtwächter: Hört, ihr Herren und laßt euch sagen, die Glocke hat zwölf geschlagen, bewahrt das Feuer und das Licht, daß dem Staat kein Schaden geschieht, und lobet Gott den Herrn! — Gute Nacht!

Der Ministerwechsel in Frankfurt.

Vom Reich.

Wenn man die Verhandlungen der Nationalversammlung verfolgt, so gewinnt es zuweilen den Anschein, als bewege sie sich in einem gelinden Taumel; heute scheint sie einen klaren Blick in ihre Lage gewonnen zu haben, morgen fiebert sie wieder in Voraussetzungen, deren Unmöglichkeit sich längst erwiesen hat. An Haltung, Regelmäßigkeit und was sonst die Zierde eines ständischen Körpers in gewöhnlichen Verhältnissen wäre, hat sie außerordentlich gewonnen, sie kann darin geradezu als Muster aufgestellt werden; was aber ihre unmittelbare Wirksamkeit betrifft, so schwindet ihr mit jedem Tage mehr der Boden unter den Füßen. Der Austritt Schmerling's aus dem Ministerium und seine Ersetzung durch Heinrich von Gagern lassen hoffen, daß, wie die Centralgewalt, so auch die Versammlung, endlich den Muth fassen werden, zu wissen was sie wollen.

Die sogenannte österreichische, eigentlich aber bairische Partei, sucht zwar in ihren Organen zu verbreiten, jener Ministerwechsel habe weiter nichts auf sich, er sei nur der Schicklichkeit wegen geschehen, weil es nicht wohl angehe, daß Herr von Schmerling, selber ein Östreicher, die Verhandlungen mit der österreichischen Regierung leite über die Bedingungen, unter denen sie sich zum Eintritt in den neuen deutschen Föderativstaat verstehen wolle. Da aber die Herrn v. Andrian und v. Würth, die gleichzeitig ihre Stellen niedergelegt haben, bei diesen Unterhandlungen sich in keiner Weise theilnehmen durften, so scheint doch eine wesentliche Umgestaltung in dem politischen System, wenigstens Oestreich gegenüber, vorzuliegen.

Wir freuen uns dieser Umgestaltung, obgleich wir in keiner Weise in die Vorwürfe einstimmen können, die man von verschiedenen Seiten gegen die politische Wirksamkeit des Herrn v. Schmerling erhoben hat. Unter allen Reichsministern hatte er entschieden am meisten staatsmännische Haltung. Freilich hatte von ihrem Standpunkt die Linke vollkommen Recht, gegen ihn aufgebracht zu sein, denn er war ihr consequentester Gegner. Wenn wir ihn in seiner Thätigkeit als Vertrauensmann, als Bundespräsidialgesandten und als Reichsminister verfolgen, so erkennen wir überall die Herrschaft eines leitenden Gedankens. Ueberall hat er — und es fällt uns nicht ein, ihm das zum Vorwurf zu machen — im Interesse Oestreichs gehandelt und im Geist der alten österreichischen Politik: nicht der roman-

tisch doctrinären, wie sie sich seit Genz' Zeiten in dem verküchertem System des alten Staatskanzlers festgesetzt hatte, sondern der praktisch bedächtigen, welche die ursprüngliche Grundlage des Metternich'schen Gouvernements war. Zuerst galt es, dem aufbrausenden, unklaren Freiheitsdrang der Völker mit schonender Besonnenheit entgegenzukommen. Damals trat die Opposition als compacte Masse den Regierungen gegenüber. Die Idee des Einen Deutschlands wurde wie ein Keil in die Fugen des alten Staatswesens getrieben, um es vollends auseinanderzureißen. Der Bundestag, als die centralisirte Macht der Regierungen, gab überall nach, er sanctionirte die Einberufung der Nationalversammlung, er gab sich zum Briefträger des Fünzigler-Ausschusses an die einzelnen Staaten her. Wenn früher die einzelnen Regierungen, um dem Verlangen ihrer Völker nicht nachzugeben, mit Achselzucken auf den Bundestag hingewiesen hatten, so kehrte sich jetzt das Verhältniß um; der Bundestag erklärte sich zu Allem bereit, was das Volk irgend wünsche, aber — die Staaten wollten sich nicht fügen. In der Nationalversammlung war die Aufgabe schwieriger; es galt hier, in dem Erzeugniß der Revolution selbst das conservative Princip geltend zu machen. Noch bei der Berathung über die provisorische Centralgewalt war die Revolution mächtig genug über die Geister, den Anschlag der Regierungen, den Bundestag durch Reduction auf drei Vertreter mit scheinbarem Eingehn auf die neuen Ideen dem Wesen nach zu kräftigerer Wirksamkeit zu bringen, an der Wahl des Reichsverwesers scheitern zu lassen. Die Nationalversammlung decretirte die Auflösung des Bundestages und glaubte, in dem Reichsverweser die Incarnation ihres eigenen Willens den Regierungen gegenüber zu besitzen; der Bundestag erklärte sich durch Schmerling gleichfalls für aufgelöst und übertrug seine Machtvollkommenheit der neuen Centralgewalt. Die revolutionäre Partei war mit ihrer eigenen Waffe geschlagen und Oestreichs Politik feierte einen doppelten Triumph; es behauptete seine Hegemonie in Deutschland und zugleich seine Unabhängigkeit gegen die Uebergriffe des Reichs. Ohne eine Stimme in der italienischen Frage zu haben, legte bei der Blokade von Triest das Reich seine Stimme zu Gunsten Oestreichs in die Waagschale. Die österreichischen Deputirten stimmten mit über die deutschen Angelegenheiten, und verpflichteten sämmtliche deutsche Staaten, den Reichsbeschlüssen zu gehorchen; Oestreich entzog sich diesem Gehorsam. Man ließ Preußen sich durch den Waffenstillstand von Malmoe compromittiren, und nahm ihn dann bedauernd als fait accompli hin, weil er nach dem Rechtsprincip, welches man von österreichischer Seite nicht aufgeben konnte — der fortdauernden Souveränität der einzelnen Bundesstaaten — nicht wohl anders ausfallen konnte. Man benutzte die Excesse der revolutionären Partei, um von Seite der Centralgewalt dieselbe Controle zu üben, die früher dem Bundestag zugefallen war.

Ich suche bei Schmerling keinen vorher überlegten Plan. Die Ereignisse waren nicht vorher zu berechnen. Schmerling ist kein schöpferisches Genie, aber er

hat diesen Instinct, welchen Oestreichs Staatsmänner in bedrängten Umständen nie verleugnen, den Verhältnissen Rechnung zu tragen und auf die Stunde zu warten — diesen Instinct, den man mystisch das Glück des Hauses Oestreich genannt hat. Schmerlings Aufgabe war, ehrlich gesagt, den revolutionären Drang der neuen Macht in einen unschädlichen Weg abzuleiten. Wenn man bestimmt fragt, was hat dieses Ministerium eigentlich gethan, den Gedanken, welchen die Nationalversammlung ins Leben rief, zu realisiren, so muß man einfach antworten: Nichts! Aber das Volk hat darum kein Recht, über Enttäuschung zu klagen, denn jener Gedanke war ohne innere Nothwendigkeit; er war eine Fieberphantasie. Wie die neue Theorie der Medicin haben die bisherigen Machthaber in Deutschland der Natur freien Lauf gelassen und sich begnügt, alles Störende zu entfernen. Sie haben dem kranken Reich Ruhe und Diät verordnet.

Jetzt aber ist das eigentliche Fieber durch die Gewalt der Natur überwunden, und jene schonende Behandlung ist nicht mehr anwendbar. Bereits die Abstimmung über die §§. 2 und 3 der Verfassung und später die Krisis in Oestreich haben gezeigt, daß Schmerling nicht mehr an seinem Platze war. Schmerling wird jetzt die Interessen Oestreichs im Reich auf andere Weise wahrzunehmen haben — wenn wir uns eine Andeutung erlauben dürfen — am besten als östreichischer Gesandter.

Schwieriger aber ist die Frage, welches Princip sich nun eigentlich in der neuen Reichsregierung geltend machen wird. Wir sind weder in die Unterhandlungen Gagerns mit dem König von Preußen eingeweiht, noch in die des Reichsverwesers mit der östreichischen Regierung. Doch sucht man gewöhnlich unwillig das Wesen hinter der Erscheinung versteckt, ein mäßig gutes Auge sieht es aus der Erscheinung heraus.

In den Octoberverhandlungen hat sowohl Gagern als Schmerling — letzterer freilich nur indirect — ihre Ansichten über die kräftige Stellung Oestreichs zum Reich ausgesprochen. Die neuen Machthaber Oestreichs sind auch nicht zurückhaltend gewesen. Was Preußen will, liegt auf der Hand, und die Stimmung unserer Brüder in Süddeutschland läßt sich auch errathen. Diese geschichtlichen Grundlagen sind die Factoren; der Beschluß der Versammlung, wie er auch ausfalle, kann nur das Facit ziehn.

Die östreichische Frage wird sich einfach von selber lösen. Die Kanonen in dem ungarischen Kriege werden lauter sprechen, als die Anwälde in der Paulskirche. Es ist ein schlimmes Zeichen von der unsichern Lebenskraft, von der schwachen Gesundheit dieser Versammlung, daß sie den Scheidungsprozeß nicht aus sich heraus zu vollziehen vermag. Die Krisis kommt ihr äußerlich; wird sie Kraft genug haben, sie zu ertragen? Die Antwort fällt schwer, wenn man die Gährung bedenkt, welche die eigne Reorganisation bedingen wird.

Gagern setzt sich durch Uebernahme des Ministeriums der Gefahr aus, zu

früh, oder — zu spät einzutreten. Er darf sich dieser Gefahr nicht entziehen. Die Verwirrung zu lösen, oder auch nur ihrer natürlichen Lösung den Weg zu bahnen, bedarf es weniger Kraft, als Credit. Zu sehn, was Noth thut, bedarf es nicht besonders heller Augen; aber um das Gefühl empfänglich zu machen für das, was der Verstand leicht begreift, ist eine Autorität nöthig, die Vertrauen hat. Deutschland muß zusammenhalten, weil es nur gemeinsam die Hemmnisse seines Handels, seiner Industrie heben, nur gemeinsam die überall herandrohenden Wetterwolken des Kriegs beschwören kann. Eine improvisirte Macht kann diese Einheit nicht geben, soviel hat aus der bisherigen Entwicklung unserer Revolution jeder begriffen; die Gelüste nach Theilung der großen Staaten sind nur noch leere Reminiscenzen einer bereits überwundenen Stimmung. Nur in dem festeren Aneinanderfügen bereits gegebener staatlicher Organisationen realisirt sich die Idee Deutschlands. Der Schwerpunkt dieses Gefüges kann nur dahin fallen, wo durch die Geschichte bereits ein größerer politischer Blick gewonnen ist. Ueber die Nothwendigkeit einer preußischen Hegemonie ist kein Knabe mehr in Zweifel. Was hilft es? Man sieht es ein, aber man will es nicht glauben, das Herz sträubt sich dagegen; das bairische, das katholische, das süddeutsche, das sächsische, das hannöversche, selbst das reuß=schleiz=greiz=lobensteinische Herz. Darum diese unendliche Kraftanstrengung, so fragt man, um endlich unter dem Schutz des preußischen Corporalstocks auszuruhen?

In diesem Conflict des Gefühls und des Verstandes ist man rathlos; man greift zu dem wunderlichsten Ausweg. Man möchte wieder mit Oestreich anknüpfen, allenfalls auf Kosten seiner Lieblingsidee, des einheitlichen Staats, die man mit so großer Aufopferung gepflegt hat. Aber Oestreich hat jetzt seine Staatsmänner gefunden, die sein wahres Interesse erkennen; das alte diplomatische Schaukelsystem hört auf, wo Männer am Ruder sitzen. So ist man zuletzt auf den naiven Einfall gekommen, dem Loose zu überlassen, wer Deutschlands Geschicke leiten soll.

Die Aufgabe der neuen Regierung ist, das Unvermeidliche mit Schonung auszuführen. Auch der neue Zustand wird ein Provisorium sein. Das Staatenhaus hat eben so wenig eine Zukunft, als das, den Parlamenten der einzelnen Staaten entgegengesetzte Volkshaus. Unter keinen Umständen darf diesem Provisorium durch eine symbolische Handlung — etwa die Uebertragung einer Kaiserkrone — der Anschein ewiger Dauer gegeben werden; durch diesen Anschein würden die nur als Uebergangsstufe begreiflichen, haltlosen und widersprechenden Zustände unerträglich.

Was geschehen muß und geschehen kann, haben wir bereits ausgesprochen, ehe noch die Frankfurter Versammlung zu Stande kam. Die Centralgewalt hat die Aufgabe, das Kriegs=, Zoll= und Handelswesen des Reichs zu ordnen und die Verfassung der Einzelstaaten zu garantiren. Diese Geschäfte — wozu die Er-

nennung der Gesandten u. dgl. gehört — besorgt der Bundesdirector, der König von Preußen; seine Beamten sind dem aus den Abgeordneten der Einzelstaaten zusammengesetzten Reichsparlament verantwortlich. Im Uebrigen bleibt die Autonomie der einzelnen Staaten und ihrer Stände unangetastet; ihre Interessen vertreten sie bei der Centralgewalt durch ständige Gesandtschaften. Mit Oestreich wird ein völkerrechtliches Schutz- und Trugbündniß geschlossen.

Will man über dieses Provisorium, dessen weitere Entwicklung der Zeit anheimzugeben wäre, hinausgehen — so suche man einen großen Krieg. Die Einheit würde daraus hervorgehen, freilich anders, als unsere Phantasten es sich vorstellen. Die Cultur würde darüber auf Jahre suspendirt bleiben, das fiebrhafte Zucken der neuen Geburt eine halbe Generation aufreiben. Eine Aussicht, vor der zwar nicht unsere Winkelpolitiker, wohl aber die große Mehrheit der Nation zurückschrecken möchte, denen der phäetronische Flug unserer grande politique: *Fiat unio et pereat civitas* nicht recht einleuchten will. † †.

Offene Briefe.

IX.

An den Reichstagsabgeordneten Palachy in Aremster.

Hochgeehrter Herr!

18. December.

Ich richte dieses Schreiben an Sie, weil Sie der erste waren, der in der Absendung östreichischer Abgeordneten nach Frankfurt die Gefahr einer Auflösung der östreichischen Monarchie erkannte, und weil die Situation, in welcher sich im Augenblick Oestreich dem neu zu organisirenden Deutschland gegenüber befindet, eine zweite Auflage jenes Märzfiebers ist. Die Gefahr der Verhältnisse ruht jetzt wie damals lediglich in der absichtlichen Unklarheit, die man darüber verbreitet. Sollten Sie von Zeit zu Zeit den Grenzboten Ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben, so werden Sie gefunden haben, daß uns wenigstens ein scheues Vertuschen der Gegensätze nicht vorzuwerfen ist. Auch diesmal will ich mich bemühen, was zu sagen ist, unumwunden auszusprechen.

Es handelt sich nämlich um folgende Frage. Welches Interesse hat Oestreich, in die politische Entwicklung Deutschlands fördernd oder hemmend einzugreifen?

Stände die Sache noch so einfach, wie es nach der Abstimmung über §§. 2 und 3 der Verfassung in der Paulskirche den Anschein hatte, daß nämlich nur diejenigen Provinzen, welche mit einem andern Staat in keiner andern als (höchstens) einer Personal-Union verbunden wären, zum deutschen Reich gezählt werden dürften, so wäre die Sache seit der Unterdrückung der Octoberrevolution bere its